

SPD fordert Versammlung zum Deponie-Thema

Sorge ums Trinkwasser: Ortsvereine richten sich in offenem Brief an Forstgenossenschaft

Hamelspringe (Jhr). Sorge um die Qualität des Trinkwassers – sie treibt viele Einwohner der Ortsteile Hamelspringe, Bakede, Bötter und Egestorf seit Bekanntwerden der Pläne zur Einlagerung von Asche aus Filteranlagen im Steinbruch Hamelspringe (unsere Zeitung berichtete) um. Jetzt wenden sich die Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine der betroffenen Ortsteile mit einem offenen Brief an den Vorstand der Forstgenossenschaft Bakede.

In dem Schreiben, das an alle Haushalte verteilt werden soll, weisen Martina Hilger aus Bakede und Jens Giebel aus Hamelspringe auf die Bedeutung der Trinkwasserversorgung hin. Sie zeigen sich „verwundert“, dass „die Forstgenossenschaft die Öffentlichkeit und damit unsere Dorfgemeinschaften nicht über geplante Eingriffe in unsere Umwelt informiert.“ In dem Schreiben an den Vorsitzenden heißt es: „Das Verhalten der Forstgenossenschaft passt

nicht in unsere gut funktionierenden Dorfgemeinschaften, welche durch sozialen Zusammenhalt und offenen Dialog geprägt sind.“ Der Vorstand der Forstgenossenschaft wird gebeten, bei einer öffentlichen Bürgerversammlung über die geplante Deponie „zeitnah und umfassend“ zu informieren.

„Unsere Priorität im Ortsrat ist klar und gerade noch einmal herausgestellt worden: die Qualität des Wassers muss für die Zukunft sichergestellt

sein“, macht Hamelspringes Ortsbürgermeisterin Susanne Bubatz-Hahn deutlich. Seit Bekanntwerden der Deponiepläne bemüht sich das Gremium um detaillierte Informationen zum Vorhaben und eventuellen Gefährdungen. Dabei seien auch Untersuchungen aus den Jahren 1995 und 2000 in Augenschein genommen worden. Eine Besonderheit sei die in Steinbruchnähe verlaufende Wasserscheide, eine andere die geringe Tiefe, in der das Wasser zu

finden sei – lediglich drei Meter. Dem Vernehmen nach gehe es um bis zu 2,5 Millionen Kubikmeter Wasser, die zum Deponieren der Asche benötigt werden. „Die Dinge müssen auf den Tisch. Es kursieren so viele Gerüchte – wir brauchen gesicherte Fakten und müssen wissen, wer zuständig ist. Die Untere Wasserbehörde? Das Gewerbeaufsichtsamt? Oder doch das Bergamt?“, fragt Bubatz-Hahn. Der Ansatz des Ortsrats sei es, einen Dialog herzustellen.

Dewezet vom 11.01.2012